

Die Zeitungs-Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Jahrgang 217

Nr. 273 a

Bezugspreis: monatlich 24 Gelddm. — Bestellungen nehmen sämtlich Postanweisung zu. — — Börsen-Gewinn mit dem 1. Januar 1924. — Geschäftsstelle Halle-Saale Leipziger Straße 11/12, Fernruf Central 7801. Abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Conto-Konto Leipzig 91712.	Halle-Saale Mittwoch, 19. November 1924	Anzeigenpreis: 10 Spalten 24 mm breit in 10-Spaltenzeile 12 Pfennig. Kleine Anzeigen 8 Pfennig. Familien-Anzeigen 6 Pfennig. Stellenanzeigen 5 Pfennig. Da 3 Spalten 10 Pfennig. — 20 Spalten. Neben nach dem Entschlusse Halle-Saale. Geschäftsstelle Berlin Bernauer Str. 30, Fernruf Nr. Kurpark 11 4210. Etwa Berliner 5 Spaltenzeile. — Verlaag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale
---	---	---

„Der Dawesplan in Gefahr“

Vor der Erdrosselung der deutschen Ausfuhr

Der Gilbertbrief im amerikanischen Spiegel

New-York, 18. November.

Handelsvertragskrise und Gilbert-Brief bilden den fast ausschließlichen Gegenstand der Berliner Berichte der amerikanischen Presse. Sämtliche Korrespondenten betonen, daß, obgleich Gilbert erklärt habe, sein Brief bedeute keinen Angriff auf den Recovery-Act, Gilbert faktisch doch den ganzen Act angreife. Der Ernst der Lage wird unterstrichen und es wird hervorgehoben, daß von dem Ausgang der jetzt schwebenden Verhandlungen der Erfolg oder Mißerfolg des ganzen Dawesplanes abhängig ist.

Der Berliner Vertreter der „Chicago Tribune“, George Zabis, schreibt, der

Zweck der Aktion Gilberts

ist bereits vor einem Monat von Owen Young angekündigt worden. Young habe durchsichtigen lassen, daß die 26%ige Ausfuhrabgabe den Dawesplan grundlegend ändern werde. Gilbert habe also in Vorbereitung mit den Finanzkreisen Young sofort nach Übernahme der Geschäfte ins Auge gefaßt, um den Plan sicherzustellen. Der letzte Schritt Gilberts bedeute indirekt einen Angriff auf den Recovery-Act. Gut unterrichtete Sachverständige geben zwar an, daß Gilbert nicht die Gesamtheit des Recovery-Act angreife, weisen aber darauf hin, daß der Generalkonferenz in dem Maße, daß er für sich das alleinige Recht der Einziehung und Transferierung der Reparationsgebühren in Anspruch nimmt, praktisch unerschütterlich und unantastbar mache. Der Recovery-Act fügt hinzu, daß, falls England und Frankreich auf der 26%igen Ausfuhrabgabe bestehen wollen, Gilbert als die Rückzahlung an die deutsche Regierung oder die deutschen Exporture einstellen werde, dies die willige Erdrosselung der deutschen Ausfuhr zur Folge haben würde.

Der Korrespondent der „New York World“ schreibt: Die

deutschen Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich

hat durch die Aktion Gilberts noch weiter kompliziert werden. Gilberts Aktion habe großes Aufsehen in allen europäischen Ländern hervorgerufen, und die Amerikaner betrachten diese Unternehmung als einen Schritt, der für den Erfolg oder Mißerfolg des Dawesplanes von erheblicher

Bedeutung sei. Als Owen Young und Rufus Dawes in Berlin waren, schreibt der Korrespondent, wurden sie oft gefragt, ob der Recovery-Act dem Dawesplan schade, und es wurde angegeben, daß später eine Aktion in diesem Sinne unternommen werden würde. Young sei auch der Meinung gewesen, daß England, Frankreich und andere Nationen diesen Recovery-Act in der Hauptsache als politisches und wirtschaftliches Druckmittel für die künftigen Handelsvertragskämpfe benutzen würden. Das öffentliche Veröffentlichen der Verhandlungen wieder herzustellen; obgleich Gilbert Recht habe, wenn er sage, daß sein Brief kein direkter Angriff auf den Recovery-Act sei, so bedeute er dennoch im Endgültigen die Freilegung des ganzen Recovery-Actes.

Der Korrespondent der „New York Times“ faßelt, daß die Stimmung in Berlin durch die Nachforschungen des Reparationsagenten wieder herzustellen; obgleich Gilbert Recht habe, wenn er sage, daß sein Brief kein direkter Angriff auf den Recovery-Act sei, so bedeute er dennoch im Endgültigen die Freilegung des ganzen Recovery-Actes.

Der Korrespondent der „Manchester Guardian“, E. B. Ganger, berichtet sich mit der Rede des Reichsfinanzministers Gamm und unterrichtet, daß die Aktion Gilberts trotz der offiziellen Abschätzung einen Schlag gegen den ganzen

Englische Angriffe gegen Deutschland

London, 18. November.

Anlässlich des Briefes des Reparationsagenten an Reichsfinanzminister Luther unternimmt die „Daily Mail“ einen neuen scharfen Angriff auf die deutsche Regierung. Das Blatt schreibt: Nach Auffassung der deutschen Regierung wäre Deutschland von der Verpflichtung der Erfüllung der Reparationsabgabe frei und England und Frankreich müßten demnach die Reparationsabgabe selbst bezahlen. Ob der Brief wirklich diese Bedeutung hat, wollen wir dahingestellt sein lassen, aber was in Wirklichkeit hinter dem Brief liegt, scheint ein neuer deutscher Versuch zu sein, den Verpflichtungen der Friedensverträge zu entgehen. (?) In England wurde die Reparationsabgabe in der Hauptsache von den englischen Importeuren bezahlt, die sie dann in den meisten Fällen veräußern an den deutschen Behörden zurückzuführen haben. Deutschland hat die Rückzahlung nicht versprochen, dieses Versprechen aber bisher nicht erfüllt. Im übrigen ergibt eine Umfrage an maßgebende Stellen, daß die Meinung vorherrscht, der Brief stelle lediglich eine Aufschaltungsmaßnahme des Reparationsagenten dar und sei dazu bestimmt, die Zahlung der auf Reparationskonto zu leistenden Beträge systematischer zu gestalten.

Das neue Kabinett Ramek

Dr. Ramek mit der Kabinettsbildung beauftragt

Wien, 18. November.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Hauptausgang hat heute nachmittag dem Abg. Dr. Ramek den Auftrag zur Kabinettsbildung erteilt. Dr. Ramek hat den Auftrag angenommen und ist sofort in Unterhandlungen mit den parlamentarischen Gruppen eingetreten. Er erklärte zunächst dem Vorsitzenden der Großdeutschen Vereinigung, Dr. Dinghofer, daß er die Genierungspolitik des Bundesantrags Dr. Geipel fortsetzen werde, und daß daher für die Groß-Deutschen kein Anlaß gegeben sei, die Regierung auszuscheiden. Er wolle lediglich bezüglich der finanziellen Auseinandersetzung des Bundes mit den Ländern andere Wege einschlagen. Dr. Dinghofer verneinte darauf, daß die prinzipielle Entscheidung über die Frage der Beteiligung der Großdeutschen erst in der Konferenz der Landesvertreter und der Reichsvertreter fallen werde. Er werde Dr. Ramek gern bei der Einigung der großdeutschen Vereinigung überbringen.

Dr. Ramek setzte hierauf die Verhandlungen mit maßgebenden Abgeordneten fort. Für das Wiener Zentrum ist Dr. Weizsäcker als der Abg. Dr. Metzka anzusehen, während der bisherige Minister für Außerer Dr. Wankersberg aus Gefandens für Berlin ausscheidet. In dem Falle, daß die Großdeutschen sich entschließen, in das Kabinett einzutreten, würde der großdeutsche Wankersberg als eines der Minister des Kabinetts übernommen. Der bisherige Minister für soziale Angelegenheiten Schmitt, der von der Sozialdemokratie auf das höchste bedacht wurde, wird aus dem Kabinett aus-

scheiden und wahrscheinlich durch den christlich-sozialen Abg. Reich ersetzt werden. Der bisherige Unterrichtsminister Dr. Schneider dürfte auch dem kommenden Kabinett angehören. An Stelle des bisherigen Ministers für Ackerbau Buchner wird der christlich-sozialer Abg. Führer genannt, während der bisherige Minister für Marinefragen Baumgärtner aus dem kommenden Kabinett ausgeschieden wird.

Nachfolger des Finanzministers Kienböck, der insbesondere bei den Landesvertretern sehr verkehrt war, wird in erster Linie der Landesbaupraktiker-Vertreter von Steiermark Dr. Höber genannt. Dr. Ramek plant auch mit den Sozialdemokraten eine Ausrede, um den Kampf, der in der letzten Zeit zwischen ihnen und den Bündern entbrannt war, zu beenden und die Sozialdemokraten zu einer toleranten Haltung gegenüber dem neuen Kabinett zu bewegen.

Die Ernennung der Regierung wird voraussichtlich am Donnerstag erfolgen. Die heute an der Börse verbreiteten Gerüchte, daß Bundespräsident Dr. Gmündlich zurückzutreten beabsichtigt, sind wie wir an zukünftiger Stelle erfahren, vollkommen erfindlich.

Unerschämte Angriffe des „Daily Telegraph“ auf Stresemann

London, 18. November.

In einer kurzen Schilderung der Hebergabe der Ruhrreisenebahnen an die deutsche Verwaltung beschuldigt sich der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ mit der Frage des Erlasses der militärischen Besatzung des Reiches. Er behauptet, daß die Besatzung kommt auch in der Frage des deutschen Eintritts in den Völkerbund zu sprechen. In diesem Zusammenhang sagte der Korrespondent, daß einige von Stresemann in seiner letzten Rede aufgestellten Forderungen durchaus berechtigt und annehm-

bar, andere dagegen überflüssig und taktlos seien. Theoretisch würde das Reich im Falle der Auflösung zum Völkerbund selbstverständlich an einer neuen Verteilung der Kolonial-Mandate teilnehmen, wenn solche Gebiete frei oder neu geschaffen würden. Unzumutbar ist es jedoch, diese Angelegenheit unter den gegenwärtigen Umständen vorzubringen. Beispielsweise, nicht Ehre oder Ansehen seien die besten Charaktereigenschaften für einen Völkerbund und die Möglichkeit des Völkerbundes. (Diese Ausführungen des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ lassen an Unverständlichkeit nichts zu wünschen übrig. D. Red.)

Die Gründung der Rentenbankkreditanstalt

Berlin, 18. November.

Das Rentenleihenverengesetz brachte seinerzeit die Notwendigkeit, für die

Landwirtschaft ein besonderes Kreditinstitut zu schaffen. Bei Verhandlungen mit der Entente gelang es nicht, die Rentenbank zu einem solchen Institut für die Landwirtschaft auszubauen. Dafür ist man bemüht, unter Umgehung weiterer als Will. Warf außer den von der Entente zur Verfügung gestellten Mitteln ein Kreditinstitut ins Leben zu rufen. Das Kreditinstitut der Landwirtschaft ist gegeben durch die Belastung aus stehenden Schulden und weiter durch das Bedürfnis, die stehenden Schulden im Laufe der nächsten Jahre in Reichsmark umzuwandeln. Unter Berücksichtigung dieser beiden Hauptbedürfnisse hat es wie wir an zukünftiger Stelle erfahren, durchaus nicht im Tätigkeitsbereich der neuen Rentenbankkreditanstalt liegen, die bestehenden Zentral- und Kreditanstalten zu ergänzen. An dem

Kauf von Rentenbankkreditanstalt

sind verschiedene Länder interessiert. Da sie nur Geld aus eigenen Mitteln als Personalkredit ausgeben, ist eine Konkurrenz gegenüber den anderen Kreditanstalten ausgeschlossen. Zur Kreditlinie soll inländisches Geld nicht in Anspruch genommen werden, sondern ausschließlich Reichsmark. Die Kreditlinie der Verwaltungsgüter und Renten der übrigen 11 Mitglieder des Verwaltungsrats sind demnach die übrigen 8 Ländervertreter aus dem Reichsrat. Von den landwirtschaftlichen Vertretern gehören drei dem Deutschen Landwirtschaftsverband an, die anderen acht sind Vertreter landwirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Genossenschaften. Von den elf Mitgliedern des Verwaltungsrats sind demnach die übrigen 8 Ländervertreter aus dem Reichsrat. Von den landwirtschaftlichen Vertretern gehören drei dem Deutschen Landwirtschaftsverband an, die anderen acht sind Vertreter landwirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Genossenschaften. Von den elf Mitgliedern des Verwaltungsrats sind demnach die übrigen 8 Ländervertreter aus dem Reichsrat.

Die Zusammenziehung des Verwaltungsrates ist unter diesem Gesichtspunkt vorgenommen worden. Er besteht aus 10 Mitgliedern und dem unparteiischen Vorsitzenden, Ggelleng von G. 11 Mitglieder des Verwaltungsrats sind demnach die übrigen 8 Ländervertreter aus dem Reichsrat. Von den landwirtschaftlichen Vertretern gehören drei dem Deutschen Landwirtschaftsverband an, die anderen acht sind Vertreter landwirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Genossenschaften. Von den elf Mitgliedern des Verwaltungsrats sind demnach die übrigen 8 Ländervertreter aus dem Reichsrat. Von den landwirtschaftlichen Vertretern gehören drei dem Deutschen Landwirtschaftsverband an, die anderen acht sind Vertreter landwirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Genossenschaften. Von den elf Mitgliedern des Verwaltungsrats sind demnach die übrigen 8 Ländervertreter aus dem Reichsrat.

Von der Tätigkeit der Kontrollkommission

Berlin, 18. November.

Wie der „Deutsche Dienst“ erzählt, wird von der Militärkontrollkommission jede auch noch so unscheinbare Meldung in deutschen Blättern auf ihren Inhalt geprüft und versucht, die kleinste Ursache als Ursache gegen die Verhandlungen der Entente anzulegen. Kennzeichnend für diese Politik ist, daß aus einer Zeitungsmeldung, in der geschrieben wurde, wie am Schluß einer politischen Versammlung eine Kompanie des Reichsanmars in fremdem Parkbereich das Lokal verließ, das Material für eine Nachfrage an den zuständigen Truppenkommandeur hergestellt wurde. Anzeigen über Veranstaltung von Reit- und Sportfesten, in denen ausdrücklich Damenbeteiligung erwähnt ist, werden von der Kontrollkommission als „Mißverständnisse“ ausgelegt.

Glatter Verlauf der Hebergabe der Regiebahnen auch in Trier

Trier, 18. November.

Die Hebergabe der Regiebahnen an die Reichsbahndirektion ist auch im Reichsbahndirektionsbezirk Trier glatt verlaufen.

keine
Silber
versicherung
Dr. Kar
Ländel
GEMINAT
Kuhlehn
einzelne

